

SONDERDRUCK AUS

# POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

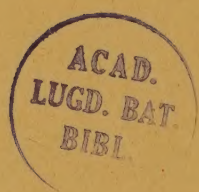
*H. Meyn.*

6. JAHRGANG · 1965 · HEFT 1

*Berlin 1963*

WESTDEUTSCHER VERLAG · KÖLN UND OPLADEN

*Vom Verfasser überreicht · Durch den Buchhandel nicht zu beziehen*





## DIE DEUTSCHE PARTEI

### *Ursachen des Scheiterns einer national-konservativen Rechtspartei im Nachkriegsdeutschland*

Von Hermann Meyn

Fünfzehn Jahre nach ihrer Gründung ist die Deutsche Partei (DP)<sup>1</sup> 1961 als ein nennenswerter Faktor aus dem Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Bundesrepublik ausgeschieden. Die vernichtende Niederlage der DP bei den Wahlen zum vierten Deutschen Bundestag<sup>2</sup> gab den letzten Anstoß dazu, in einer größeren Arbeit der Entwicklungsgeschichte dieser Partei und den Gründen ihres Scheiterns im einzelnen nachzugehen. Führende Mitglieder der DP bekundeten lebhaftes Interesse an einer derartigen Untersuchung und stellten bisher vertraulich behandelte Protokolle, Aufzeichnungen und Briefwechsel zur Verfügung. Auf diese Weise konnten die Niederschriften über die Sitzungen des Direktoriums, des Landesvorstandes des Landesverbandes Niedersachsen sowie der Fraktion im Niedersächsischen Landtag ausgewertet werden. Aufbauend auf diesem Quellenmaterial sollen im folgenden die Entwicklungsstadien der DP knapp skizziert und einige der Ursachen für ihr Versagen ausführlicher analysiert werden.

#### I.

#### *Historische Entwicklung*

Die Deutsche Partei, die bis 1947 Niedersächsische Landespartei hieß, wurde 1945 gleichzeitig in mehreren Orten des heutigen Landes Niedersachsen auf lokaler Ebene gegründet. Zunächst war ihr oberster Programmleitsatz die Wiederherstellung der »... niedersächsischen staatlichen Stammesfreiheit...«<sup>3</sup>. Ähnliche Forderungen hatte bereits die aus Protest gegen die Annexion Hannovers durch Preußen nach 1866 im ehemaligen Königreich Hannover entstandene »welfische Bewegung« vertreten. Dieser historische Anknüpfungspunkt entfiel nach der Konstituierung des Landes Niedersachsen im November 1946 und der formellen Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46. Die nunmehr unumgängliche Verbreitung der organisatorischen und programmatischen Basis wurde durch die Umbenennung der »Niedersächsischen Landespartei« in »Deutsche Partei«, die Neugründung von Landesverbänden in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein und die Formulierung wirtschafts- und sozialpolitischer Konzeptionen erreicht. Die ursprünglich zuweilen partikularistisch und

<sup>1</sup> Eine erweiterte Fassung dieses Aufsatzes hat der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin 1963 als Dissertation vorgelegen. Die gesamte Arbeit wird in Kürze in der Veröffentlichungsreihe der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien im Droste-Verlag, Düsseldorf, erscheinen.

<sup>2</sup> Die DP vereinigte zusammen mit dem BHE als Gesamtdeutsche Partei (GDP) nur 2,8 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen im Bundesgebiet auf sich.

<sup>3</sup> Niedersachsens deutsche Aufgabe, Rede *Hellweges* auf dem Landesparteitag der NLP am 23. Mai in Celle, veröffentlicht in: Heinrich Hellwege, Ein konservativer Demokrat, Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, gewidmet von seinen Freunden in der Deutschen Partei, Braunschweig 1958, S. 16.

monarchistisch gefärbte, in ihrer politischen Aktivität auf Niedersachsen beschränkte Heimatpartei bestritt die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag als eine mit Vorbehalten auf dem Boden des Grundgesetzes stehende<sup>4</sup>, betont föderalistische, christliche, anti-sozialistische norddeutsche Regionalpartei. Sie errang in Niedersachsen 17,8, in Bremen 18, in Hamburg 13,1 und in Schleswig-Holstein 12,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, war mit 17 Abgeordneten im Bundestag und mit zwei Ministern in der Bundesregierung vertreten. Die DP-Bundestagsfraktion unterstützte den außenpolitischen Kurs der Regierung *Adenauer* ohne Einschränkungen; in der Innenpolitik wurde sie durch den Ruf nach Beendigung der Entnazifizierung, den Kampf für die Wiedereinsetzung der 1945 entlassenen Beamten und das Eintreten für die Gleichstellung der Angehörigen der Waffen-SS mit den früheren Berufssoldaten zum Repräsentanten des rechten Flügels im Parlament.

Während des weiteren organisatorischen Ausbaus durch die Gründung von Landesverbänden im gesamten Bundesgebiet stießen von 1949 bis 1953 Kräfte zur Deutschen Partei, die im Gegensatz zu ihren ursprünglichen Anliegen standen. In Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen drängten die Führungen der Landesverbände, deren Mitglieder nicht selten während des nationalsozialistischen Regimes in leitenden Stellungen tätig gewesen waren, auf die Umbildung der DP zu einer »Nationalen Oppositionspartei«<sup>5</sup>. Gestützt auf den mitgliederstarken Landesverband Niedersachsen bemühte sich der Parteivorsitzende *Hellwege* auf den Parteitagen in Kassel (1951) und Goslar (1952) mehr oder minder erfolgreich um die Errichtung eines Damms gegen die von den jungen Landesverbänden und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden *Seeborn* ersehnte »nationale Welle« und die Gewinnung dieser Kräfte für die von ihm erstrebte »konservative Erneuerungsbewegung« der Partei. Hin- und hergerissen zwischen der wahltaktischen Notwendigkeit, offene Konflikte über den einzuschlagenden politischen Kurs zu vermeiden, und der Einsicht, extrem-nationale Tendenzen auf keinen Fall dulden zu können, fand die Parteiführung bis zu den Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag keine Lösung des Problems einer klaren Abgrenzung gegenüber dem Rechtsradikalismus. Aus dem enttäuschenden Wahlergebnis – die DP erhielt nur 3,3 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen im Bundesgebiet, gehörte jedoch weiterhin der Regierung *Adenauer* an – zog der Generalsekretär der Deutschen Partei, *Graf von Galen*, in einer vertraulichen Aufzeichnung für den Parteivorsitzenden den Schluß: »1. Die DP muß am Erfolg der Bundesregierung weiter teilhaben. 2. Abkehr von allen reaktionär erscheinenden Beiwerk (endlich klare Einstellung zu schwarz-weiß-rot, Ablehnung eines übermäßigen Einflusses solcher »Ehemaligen«, die wie in Hessen die DP in nazistischen Verruf bringen). 3. Besinnung auf die wirkliche konservative Grundlage und Ausbau der konservativen Politik innerhalb der Bundesregierung«<sup>6</sup>.

Der im Kern stets vorhandene, zeitweilig jedoch von nationalen Tendenzen verdeckte

<sup>4</sup> Die Deutsche Partei lehnte das Grundgesetz ab, erklärte sich jedoch gleichzeitig zur Mitarbeit im Rahmen der Verfassung bereit.

<sup>5</sup> Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 24. 9. 1952 in Bonn (Archiv Hellwege).

<sup>6</sup> Aufzeichnung des Generalsekretärs der DP für den Parteivorsitzenden: Erkenntnisse und Folgerungen aus dem Wahlergebnis (Archiv Hellwege).

konservative Untergrund der Deutschen Partei kam nach Jahren des Suchens nach dem ideologischen Standort 1955 in den vom Parteitag in Bielefeld beschlossenen »Zwanzig Thesen einer zeitnahen konservativen Politik« wieder klar zum Vorschein. An ihrem konservativen Ruhepol angelangt, wenngleich die Bundestagsfraktion hin und wieder auch weiterhin in der Wehrpolitik »nationale Töne« anschlug, gab die DP die Bemühungen auf, durch Akzentverlagerungen in der Programmatik neue Mitglieder- und Wählerschichten anzusprechen, sondern warb nun in erster Linie um die konservativen Kreise anderer Parteien mit dem Ziel, das große Sammelbecken aller Konservativen zu werden, ganz gleich, ob sie ihrem Ursprung nach christlich-, national- oder liberalkonservativ orientiert waren. Die Entwicklungsgeschichte der DP von 1955 bis 1961 ist deshalb eine Geschichte der gelungenen und gescheiterten Fusionsgespräche und -verhandlungen. So schloß sich 1957 die Freie Volkspartei<sup>7</sup> der Deutschen Partei an; kurze Zeit später geführte Verhandlungen mit der Bayernpartei blieben ohne Erfolg. Erneute Niederlagen bei den Wahlen zum Bundestag<sup>8</sup> und zu mehreren Landtagen warfen für die DP die Frage nach ihren weiteren Existenzmöglichkeiten auf und führten 1959 zu zahlreichen ergebnislosen Gesprächen mit Vertretern der CDU über Wahlhilfen<sup>9</sup>, Änderungen des Wahlgesetzes und Abschwächungen der Fünf-Prozent-Klausel. Der innere Zerfall setzte ein, als im Juli 1960 neun Bundestagsabgeordnete der Deutschen Partei nicht zuletzt aus Furcht vor einem Mandatsverlust bei der nächsten Wahl von der DP- zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwechselten und als im Januar 1961 *Heinrich Hellwege* nach fünfzehnjähriger Tätigkeit seine Ämter als Vorsitzender der Bundespartei und des Landesverbandes Niedersachsen niederlegte, weil die von ihm befürwortete Vereinigung der DP, FDP und des BHE zu einer dritten Kraft nicht gelang. Nach dem Rücktritt Hellweges fusionierten die Deutsche Partei und der BHE 1961 zur Gesamtdeutschen Partei (GDP). Diese »... widernatürliche Ehe...«<sup>10</sup> zahlte sich jedoch nicht aus. Bei den Wahlen zum vierten Deutschen Bundestag errang die GDP nicht mehr als 2,8 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Zahlreiche Führungskräfte der Gesamtdeutschen Partei, die früher der DP angehört hatten, stellten daraufhin ihre Ämter zur Verfügung und traten in die CDU ein. Eine zweite Gruppe ehemaliger Mitglieder der Deutschen Partei, die sich schon im Frühjahr 1961 dem Zusammenschluß mit dem BHE widersetzt hatte, beschloß im Juni 1962 die Wiedergründung der DP. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen scheiterte die Deutsche Partei 1963 ebenso wie die Gesamtdeutsche Partei an der Fünf-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes. Die früheren Wähler und Mitglieder der DP sind zum größten Teil zur CDU, zum kleineren zur FDP abgewandert. Weder auf Bundes- noch auf Landesebene spielt die Deutsche Partei heute noch eine Rolle. Man mag diese

<sup>7</sup> Die Freie Volkspartei war im April 1956 auf Initiative von 16 ehemaligen FDP-Abgeordneten gegründet worden, die sich wegen Differenzen über den außenpolitischen Kurs von den Freien Demokraten getrennt und deren Austritt aus der Regierungskoalition nicht mitgemacht hatten.

<sup>8</sup> Die DP erhielt 1957 nur 3,4 Prozent aller im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Stimmen, gehörte jedoch auch dem dritten Kabinett *Adenauer* mit zwei Ministern an.

<sup>9</sup> Vor allem Verzicht auf die Aufstellung von Wahlkreis-kandidaten.

<sup>10</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 4. 1961.

Entwicklung – je nach dem politischen Standort – begrüßen oder bedauern, sie aufzuhalten ist aus noch zu erörternden Gründen über die Kräfte der Deutschen Partei hinausgegangen<sup>11</sup>.

## II.

### *Gründe für das Scheitern*

Schwächen in der Programmatik und der politisch-parlamentarischen Praxis, der regionale Charakter, zahlreiche Führungskrisen und die Lücken in der Finanzierung sind als die wichtigsten, sich gegenseitig bedingenden und beeinflussenden politischen Faktoren zu nennen, die den Niedergang der Deutschen Partei erklären. Die Schwächen in einem entscheidenden Bestandteil der Programmatik, dem konservativen Gedanken, liegen begründet

1. in dem wirklichkeitsfremden antiideologischen Ansatzpunkt in der konservativen Theorie der Partei,
2. in der sich aus dem Wesen des Konservatismus ergebenden Unmöglichkeiten, in der Theorie ein klares Programm zu entwickeln,
3. in der historisch-psychologischen Vorbelastung des Begriffs »Konservatismus« und
4. in der Übernahme konservativen Gedankenguts durch andere Parteien und dem damit zusammenhängenden Verschwinden der speziellen Konservatismus-Konzeption der Deutschen Partei.

Der zweite wichtige Punkt in der Programmatik war der nationale Gedanke. Obwohl offenbleiben muß, ob die begriffliche Unklarheit, die geschichtliche Vergangenheit oder die im geteilten Deutschland bestehende aktuelle Fragwürdigkeit den nationalen Gedanken stärker belastet hat, so wird man doch feststellen müssen, daß die Deutsche Partei die Vielzahl der Ressentiments, die die Betonung des nationalen Gedankens in der Programmatik bei der Wählerschaft auslöste, nicht richtig eingeschätzt hat.

Ein weiterer Grund für den Untergang der DP ist in der Tatsache zu suchen, daß sie zu keinem Zeitpunkt mehr als eine auf bestimmte Gegenden Norddeutschlands beschränkte Regionalpartei gewesen ist. Vor die Entscheidung gestellt, ob sie ihren politischen Aktionsradius auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnen sollte, selbst wenn dabei Rückschläge in Niedersachsen hingenommen werden mußten, oder ob sie nicht doch lieber zu ihrer Ausgangsbasis als reine Landespartei zurückkehren sollte, hat die Deutsche Partei lange Zeit versucht, zwischen diesen beiden Polen eine Mittelstellung einzunehmen. Dadurch verlor sie in Niedersachsen jene Anhänger, die von ihr die rücksichtslose Vertretung der niedersächsischen Belange erwartet hatten, dadurch verlor sie aber gleichzeitig in den süd-, west- und teilweise auch norddeutschen Gebieten jene Mitglieder und Wähler, die ihr eine konsequente Trennung von der niedersächsischen Basis und eine Etablierung als national-konservative Partei auf Bundesebene zugetraut hatten.

Die zum Teil in der regionalen Struktur begründeten Führungskrisen wurden zu einer weiteren schweren Belastung für die Partei. *Heinrich Hellwege* stand zum Beispiel nur

<sup>11</sup> Auf die von mir an anderer Stelle vorgenommenen Analysen der Organisations- und Sozialstruktur der DP muß hier verzichtet werden.

zeitweilig völlig unangefochten an der Spitze der DP. Nachteilig wirkte sich ferner die schmale Finanzbasis aus, die es verbot, ausgedehnte Wahlkampagnen zu führen, und die es gebot, hin und wieder ganz auf die Beteiligung an Wahlen zu verzichten oder Wahlbündnisse mit anderen Parteien einzugehen. Schließlich hat auch der Zug zum Zweiparteiensystem der DP als einer kleinen Partei beträchtlichen Schaden zugefügt. Auf die schweren Fehler der Deutschen Partei in der politisch-parlamentarischen Praxis soll nun abschließend näher eingegangen werden<sup>12</sup>.

### *Sorgen mit den »Ehemaligen«*

Für die national-konservative Deutsche Partei war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Vergleich zu anderen Parteien – wie etwa der CDU oder der SPD – von ihrer gesamten Struktur her ein besonders dornenreiches Problem. Von der Lösung dieser Frage hing es ab, ob die DP als eine rechtsradikale, die im Grundgesetz konzipierte freiheitlich-demokratische Grundordnung negierende Partei oder als eine gemäßigte Rechtspartei betrachtet werden mußte, der wegen ihrer Stellung im deutschen Parteiengefüge eine Sonderfunktion bei der Integration der ehemaligen Nationalsozialisten zufiel, wenn man davon ausgeht, daß dem früheren Anhänger einer rechtsradikalen Partei der Übergang zu einer gemäßigten Rechtspartei leichterfallen mußte als zu einer auf dem entgegengesetzten Flügel stehenden politischen Vereinigung. Für die DP bestand in dieser Auseinandersetzung die Chance, den »Ehemaligen« hilfreich die Hand entgegenzustrecken, ihnen eine Brücke vom alten zum neuen Staat anzubieten, und gleichzeitig die Gefahr, von den Anhängern des NS-Regimes zunächst als demokratischer Stützpunkt benutzt zu werden, der nach einem weiteren Ausbau in einen antidemokratischen Stoßkeil zum Aufbrechen der grundgesetzlich verankerten Ordnung verwandelt werden sollte. Die Vielschichtigkeit der Problematik soll von vier verschiedenen Seiten beleuchtet werden, und zwar

1. unter dem Aspekt der Werbung um die »Ehemaligen«,
2. unter dem Gesichtspunkt des Eindringens der »Ehemaligen« in führende Positionen bei der DP,
3. unter der Fragestellung nach den Kontakten der DP zu anderen rechtsradikalen Parteien und
4. unter Berücksichtigung der Abschirmungsfunktion der Partei.

Im Vordergrund steht auch bei dieser Betrachtung erneut das Suchen nach den Gründen für den Mißerfolg der DP.

Ausgangspunkt für eine Bewertung der »Bewältigung der Vergangenheit« durch die Deutsche Partei muß die Feststellung sein, daß die DP aus ihrer Werbung um die ehemaligen Nationalsozialisten als Mitglieder und Wähler nie einen Hehl gemacht hat. *Hellwege* forderte bereits 1947 die Verwirklichung der »... Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit sowie auch menschlicher Großzügigkeit ...«<sup>13</sup> bei der Entnazifi-

<sup>12</sup> Im folgenden handelt es sich um einen wörtlichen Abdruck aus meiner Dissertation über die DP.

<sup>13</sup> *Heinrich Hellwege*, Ein konservativer Demokrat, Festschrift zu seinem 50. Geburtstag am 18. August 1958, gewidmet von seinen Freunden in der Deutschen Partei, Braunschweig 1958, S. 35. Im folgenden zitiert: Festschrift.

zierung. Er brachte seine Meinung darüber auf die Formel: »Wer Blut an den Fingern und wer Dreck am Stecken hat, der soll gerichtet werden, die anderen aber lasse man laufen<sup>14</sup>.« In den folgenden Jahren steigerte die DP ihre Kritik an der Entnazifizierung. Das Parteiorgan *DEUTSCHE STIMMEN* schrieb 1949: »Vielleicht werden erst spätere Generationen das ganze Ausmaß des tragischen Fehlers erkennen, der mit der sogenannten Entnazifizierung begangen worden ist. Hier wurde eine Kollektivbestrafung in Gang gesetzt, die unter umgekehrten Vorzeichen selbst nichts anderes ist als das, was sie gerade ausmerzen will. Eine Ideologie des Rassenhasses wird durch eine Ideologie der Gruppenrache bekämpft, statt Haß und Rache überhaupt dadurch zu beseitigen, daß man ihnen die Voraussetzungen entzieht<sup>15</sup>.« Zur Werbung der »Ehemaligen« beschränkte sich die DP nicht auf den Kampf gegen die Entnazifizierung<sup>16</sup>, sondern sie paßte im Bundestagswahlkampf 1949 und im Berliner Wahlkampf 1954 beispielsweise ihre Kundgebungen auch im Stil den Veranstaltungen des nationalsozialistischen Regimes an<sup>17</sup>.

Das alles blieb nicht ohne Wirkung auf die »Ehemaligen«, die nun vor allem in den neu gegründeten Landesverbänden in die Deutsche Partei eintraten und führende Stellungen eroberten: in Hessen standen eine Zeitlang der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt und NSDAP-Kreisleiter *Fritz Krebs*, der NS-Oberbürgermeister von Offenbach, *Helmuth Schranz*, und der ehemalige NS-Studentenführer *Albert Derichsweiler* an der Spitze des Landesverbandes; in Nordrhein-Westfalen und Berlin fanden sich starke Kräfte zur Bildung einer »Nationalen Sammlung«; in Hamburg waren die späteren Gründer des »Freikorps Deutschland«, die DP-Mitglieder *Lamp* und *Neumann*, als Funktionäre in der Jugendorganisation der Deutschen Partei, dem »Bund junger Deutscher«, tätig<sup>18</sup>. Auf der Kandidatenliste der DP für den dritten Deutschen Bundestag standen schließlich zahlreiche ehemalige Führer des »Reichsarbeitsdienstes«, der »Deutschen Arbeitsfront« und des »Reichsnährstandes«<sup>19</sup>.

Weitere Aufschlüsse über die Haltung der DP zum Nationalsozialismus geben ihre zahlreichen Querverbindungen zu eindeutig rechtsradikalen Parteien, die sich zum Teil sogar zum Ziel gesetzt hatten, die angeblichen »guten Seiten« des NS-Regimes zu übernehmen. So berichtete zum Beispiel der DP-Landtagsabgeordnete *Neddenriep* vor der Gemeinschaftsfraktion der DP/CDU im Niedersächsischen Landtag 1951, im Zusammenhang mit Plänen zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung sei die

<sup>14</sup> Festschrift, S. 35.

<sup>15</sup> Deutsche Stimmen, erste November-Ausgabe, 1949.

<sup>16</sup> Zu diesem Kampf gegen die Entnazifizierung gehört auch die Zusammenarbeit der DP mit den Interessengemeinschaften der Entnazifizierten, wie sie 1952 auf der Landesversammlung in Hannover angeregt wurde. Vgl. Protokoll der Landesversammlung vom 26./27. 9. 1952 in Hannover.

<sup>17</sup> Vgl. *Manfred Jenke*: Verschwörung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 140 und S. 122.

<sup>18</sup> Vgl. *Ernst Riggert* »Neonazismus in Deutschland«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Heft 3. März 1953. S. 130.

<sup>19</sup> Vgl. *Manfred Jenke* a. a. O., S. 151.

<sup>20</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der DP/CDU-Landtagsfraktion vom 29. 5. 1951 in Hannover (Archiv der DP-Landtagsfraktion im Niedersächsischen Landtag); vgl. auch Protokoll der Direktoriumssitzung vom 17. 5. 1951 in Hannover.

SRP an ihn herangetreten<sup>20</sup>. Vor dem Direktorium regte *Seeböhm* 1953 für Baden-Württemberg die Übernahme von Mitgliedern der Deutschen Gemeinschaft, in der viele ehemalige SRP-Angehörige Unterschlupf gefunden hatten<sup>21</sup>, in die DP an<sup>22</sup>. Ferner streckte die Deutsche Partei 1949 Fühler zur DRP/DKP aus<sup>23</sup>. Außerdem beweisen der Übertritt von DP-Kreisverbänden zur SRP<sup>24</sup> und DRP/DKP-Kreisverbänden zur DP<sup>25</sup> sowie die Wahlerfolge der SRP 1951 in früheren DP-Hochburgen<sup>26</sup>, daß es zeitweilig in bestimmten Gegenden für manche Anhänger der DP kein großer Schritt von einer national-konservativen zu einer rechtsradikalen Partei war.

Als Begründung für das Werben um die »Ehemaligen« und ihre Aufnahme in die Partei sowie für die Kontakte zur SRP, DG und DRP hat die Deutsche Partei angeführt, es sei ihre Aufgabe, die parlamentarische Demokratie gegen den Radikalismus abzusichern<sup>27</sup>. *Hellwege* hat es als eine »staatspolitische Funktion« der DP bezeichnet, »... die durch den erneuten Zusammenbruch praktisch vom politischen Leben isolierten Kräfte nicht in Verbitterung und Widerstand gegen den neuen demokratischen Staat verfallen zu lassen, sondern sie vielmehr zu überzeugten Demokraten zu gewinnen«<sup>28</sup>. Mit diesen Worten hat *Hellwege* in der Tat ein Problem richtig charakterisiert, das nach dem Untergang des NS-Regimes entstanden war. Millionen waren Mitglieder der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen gewesen, Millionen hatten *Hitler* 1932 gewählt und in ihm bis zuletzt Deutschlands Retter gesehen: 1945 galt es nun, diese Millionen für die Demokratie zu gewinnen. Zunächst wollten die alliierten Militärregierungen jedoch jene erfassen und vom politischen Leben ausschließen, die während der NS-Zeit Verbrechen begangen hatten. Die gegen über sechs Millionen Deutsche eingeleiteten Entnazifizierungsverfahren stießen in zunehmendem Maße auf Kritik, obwohl die öffentliche Meinung in Deutschland und im Ausland in ihrer Mehrheit die Notwendigkeit der Beseitigung des Nationalsozialismus grundsätzlich zu keiner Zeit in Frage stellte<sup>29</sup>. Als erste kritisierten die Kirchen die Durchführung der Entnazifizierung; ihnen schlossen sich die Parteien an. Stellt man die Vorwürfe, die von der DP gegen die Entnazifizierung erhoben wurden, in diesen Zusammen-

<sup>21</sup> Vgl. *Manfred Jenke*, a. a. O., S. 262.

<sup>22</sup> Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 4. 3. 1953 in Hannover.

<sup>23</sup> Die Deutsche Partei hat sich dagegen 1955 mit aller Deutlichkeit von der DRP distanziert. In einem Protokoll heißt es: »Herr Dr. von Merkatz bittet Herrn Dr. Brühl um restlose Klärung auf der Landesversammlung (des Landesverbandes Rheinland-Pfalz) und schonungslose Trennung von den Leuten, die mit der DRP sympathisieren.« Protokoll der Direktoriumssitzung vom 24. 5. 1955 in Bad Godesberg.

<sup>24</sup> Vgl. *Manfred Jenke*, a. a. O., S. 87.

<sup>25</sup> Vgl.: Die große Hetze, Der niedersächsische Ministersturz, Ein Tatsachenbericht zum Fall Schlüter, Göttingen 1958, S. 66.

<sup>26</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 23. 10. 1958 in Hannover.

<sup>27</sup> Vgl. *Hellweges* Rede auf dem Bundesparteitag in Heilbronn 1960, veröffentlicht in: Deutsche Stimmen vom 14. 5. 1960.

<sup>28</sup> Aufsatz *Hellweges* anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Partei, veröffentlicht in: Deutsche Stimmen vom 6. 9. 1955.

<sup>29</sup> Vgl. *Justus Fürstenau*: »Entnazifizierung«, in: Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, sechste, völlig neu bearbeitete Auflage, Bd. 2., Freiburg 1958, Sp. 1199/1200.

hang, dann unterscheiden sie sich nicht prinzipiell, sondern nur graduell von der aus den Reihen der anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen kommenden Kritik<sup>30</sup>.

Die ablehnende Haltung der DP gegenüber einer pauschalen Entnazifizierung hat ihr bei den »Ehemaligen« sicherlich gewisse Sympathien verschafft. So stieß denn auch, wie schon erwähnt, mancher von den früheren NS-Führern zur Deutschen Partei. Es muß schon hier darauf hingewiesen werden, daß es falsch wäre, in jedem »Ehemaligen« einen potentiellen Verschwörer, einen von jenen zu sehen, die bewußt die demokratischen Parteien unterwandern und in eine andere Richtung ablenken wollten<sup>31</sup>. Viele von ihnen waren jetzt willens, einen einmal begangenen politischen Irrtum durch aktive Mitarbeit wiedergutzumachen; manche erstrebten aus Überzeugung die Aufwertung der durch das nationalsozialistische Regime mißbrauchten nationalen und konservativen Gedanken; andere, die als Nationalsozialisten nur mitgemacht hatten, um Schlimmeres zu verhüten, hofften, nun endlich durch Mitwirkung in den Parteien gemäß ihren politischen Vorstellungen leben zu können. Daneben gab es natürlich auch jene, die die demokratischen Parteien nur als Mittel zur Verhüllung ihrer antidemokratischen Ziele benutzten<sup>32</sup>.

Der Deutschen Partei kann nun allerdings nicht der Vorwurf erspart bleiben, daß sie bei der Aufnahme der »Ehemaligen« als Mitglieder nicht sonderlich scharf zwischen den »Unverbesserlichen«, die nichts dazugelernt hatten, und jenen unterschieden hat, die durch Taten ihre demokratische Gesinnung bereits bewiesen hatten. Wenn wir die von *Helmut Hammerschmidt* vorgeschlagenen Maßstäbe für die Einstellung »Ehemaliger« zugrunde legen – (1.) Maß an persönlicher Schuld, Mitschuld oder Mitwisserschaft eines Mannes, der heute wieder verwendet werden will, (2.) Wichtigkeit der Aufgabe, die er in der Vergangenheit hatte, und (3.) Stärke des Einflusses, den er durch die Wiedereinstellung erlangen könnte<sup>33</sup> –, dann gibt es keinen Zweifel daran, daß diese Prinzipien mehr als einmal von der DP durchbrochen worden sind. Erinnerung sei nur an den NS-Oberbürgermeister von Frankfurt und NSDAP-Kreisleiter *Fritz Krebs*, der noch als Vorsitzender des Landesverbandes Hessen der Deutschen Partei seine Zuhörer mit »Volksgenossen und Volksgenossinnen« ansprach<sup>34</sup>. An dieser Feststellung ändert auch nichts die Tatsache, daß *Hellwege* zum Beispiel in einer Mitgliederversammlung in Hamburg ausdrücklich dazu riet, daß sich Persönlichkeiten, die während des nationalsozialistischen Regimes an verantwortlicher Stelle tätig waren, trotz

<sup>30</sup> Die DP hat wiederholt darauf hingewiesen, daß sie als erste Partei Kritik an der Entnazifizierung geübt hat. Vgl. *Hans-Joachim von Merkatz*: Vier Jahre DP-Politik im Bundestag, hrsg. von der Bundesgeschäftsführung der Deutschen Partei, Bonn/Alfeld (Leine) 1953, S. 17.

<sup>31</sup> Vgl. *Ernst Riggert*: »Bundestagswahlen und ehemalige Nationalsozialisten«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heft 8, 1953, S. 460 ff.

<sup>32</sup> Zu den angeführten Motiven vgl. *Manfred Jenke*, a. a. O., S. 228.

<sup>33</sup> Vgl. *Helmut Hammerschmidt*: »Renazifizierung der Bundesrepublik«, in: Deutsche Rundschau, Heft 4, April 1956, S. 375. Die von Hammerschmidt vorgeschlagenen Maßstäbe sind zwar speziell für die Beamtenschaft gemeint, können jedoch nach unserer Auffassung auch auf Funktionärsstellungen in den Parteien übertragen werden. Zur Thematik vgl. ferner *Helmut Hammerschmidt* und *Michael Mansfeld*: Der Kurs ist falsch, Wien-München-Basel 1956.

<sup>34</sup> Vgl. Neue Zeitung vom 10. 3. 1952.

ihres Bekenntnisses zum heutigen Staat im politischen Leben zurückhalten sollten<sup>35</sup>. Diese Mahnung *Hellweges* ist nicht immer von allen Kreisen seiner Partei beherzigt worden; es gibt Fälle genug, in denen die Trennungslinie zwischen dem gewandelten und dem nicht gewandelten ehemaligen Nationalsozialisten von der DP nicht klar gezogen wurde.

Diese zwiespältige Haltung ist ein weiterer Grund dafür, warum die DP bei breiten Wählerschichten, die nicht zu derartigen Kompromissen mit den »Ehemaligen« bereit waren, keinen Anklang fand<sup>36</sup>. Das hat *Hellwege* auch sehr richtig erkannt und in einem Brief nach der Bundestagswahl 1953 an den Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der DP, *Brühler*, so formuliert: »... das Benutzen der »Ehemaligen« und der Farben schwarz-weiß-rot um des taktischen Erfolges willen sollten wir uns abgewöhnen. Es schadet mehr als es nützt<sup>37</sup>.«

Zu klären bleibt noch die Frage, weshalb sich so wenige von den immerhin über sechs Millionen Entnazifizierten zur DP hingezogen fühlten. Ein Grund ist wahrscheinlich darin zu sehen, daß die Entnazifizierung bei der großen Masse der Betroffenen gerade nicht die Ressentiments auslöste<sup>38</sup>, auf die von der Deutschen Partei bei ihrem Kampf für das Recht der »Ehemaligen« spekuliert worden war. Viele Entnazifizierungsverfahren wurden ja vorzeitig eingestellt, nicht wenige gingen milder aus, als man es vorauszusagen gewagt hatte, und wieder andere erledigten sich durch Amnestieerlasse von selbst<sup>39</sup>. Ein zweiter Grund für das Nichtaufkommen von Ressentiments dürfte im wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik seit 1949 und der raschen Integration der »Entrechteten« in das neue Gesellschaftssystem zu suchen sein. Dadurch verschwand die soziale Deklassierung der »Ehemaligen«<sup>40</sup>. Die Schlußfolgerung *Knütters* ist deshalb berechtigt: »Virulent wurden die Entrechtetenressentiments nur bei einer Minderheit der Betroffenen<sup>41</sup>.« Dabei haben sicherlich auch die Termine der Bundestagswahlen eine Rolle gespielt. 1949 war die Organisation der DP noch nicht in jenen Gebieten ausgebaut, wo sich später die stärksten Kräfte für eine »nationale Sammlung« konzentrierten, in Nordrhein-Westfalen und Hessen, und 1953 war die vor allem aus den »Ehemaligen« bestehende rechtsradikale Welle nicht zuletzt wegen des SRP-Verbots und der allgemeinen Verbesserung der materiellen Lage bereits abgeebbt<sup>42</sup>.

Die als Erklärung für das vergebliche Werben der Deutschen Partei um die »Ehemaligen« angeführten Thesen werden zusätzlich durch die Tatsache erhärtet, daß auch

<sup>35</sup> Vgl. *Hamburger Echo* vom 28. 4. 1952.

<sup>36</sup> Vgl. *Manfred Jenke*, a. a. O., S. 119.

<sup>37</sup> Brief *Hellweges* an den Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der DP, *Brühler*, vom 10. 9. 1953 (Archiv *Hellweges*). Ähnlich hatte *Hellwege* bereits nach dem Ausgang der Bürgerschaftswahlen in Bremen 1949 geurteilt. Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 22. 11. 1949 in Sinzig.

<sup>38</sup> Vgl. *Hans-Helmuth Knütter*: *Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland*, Bonn 1961, S. 25.

<sup>39</sup> Vgl. *Justus Fürstenau*, a. a. O., Sp. 1199.

<sup>40</sup> Vgl. *Hans-Helmuth Knütter*, a. a. O., S. 25.

<sup>41</sup> Ebda.

<sup>42</sup> Auf diese Problematik für den Rechtsradikalismus hat auch *Jenke* (a. a. O., S. 47) aufmerksam gemacht.

eindeutig rechtsradikale Parteien, die ja noch weit mehr als die DP auf die früheren NSDAP-Mitglieder zählten, keine nennenswerten Wahlerfolge erzielten. Eine Ausnahme bildet das Abschneiden der SRP bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag 1951, wo sie elf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigte<sup>43</sup>. Dieser SRP-Erfolg zeigt jedoch andererseits, daß es der Deutschen Partei in einem entscheidenden Punkt offenbar nicht gelungen ist, die Abschirmungsfunktion zu erfüllen, auf die sie sich so viel zugute hielt<sup>44</sup>. Unbeweisbar ist zwar, daß noch mehr Stimmen auf die SRP in Niedersachsen entfallen wären, wenn die DP sich zum Beispiel überhaupt nicht an der Wahl beteiligt hätte, aber es muß andererseits doch bedenklich stimmen, daß die sozialistische Reichspartei gerade in den früheren DP-Hochburgen ihre größten Erfolge erzielte<sup>45</sup>.

Die Frage, ob die Deutsche Partei wenigstens bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 verhindert hat, daß rechtsradikale Parteien zum Zuge kamen<sup>46</sup>, muß verneint werden, weil die DP beide Male nur rund eine Million Stimmen auf sich vereinigte. Damit absorbierte sie nur einen geringen Teil der Stimmen der sechs Millionen Entnazifizierten, die ja in erster Linie als potentielle Wähler für die rechtsradikalen Parteien in Frage kamen. Selbst wenn unterstellt wird, daß bei dieser Wählerschicht die Wahlbeteiligung besonders gering war, muß doch wohl angenommen werden, daß drei bis vier Millionen von ihnen wählten. Sie haben, wie die Statistik zeigt, in der Mehrheit nicht für die rechtsradikalen Parteien oder die DP gestimmt, sondern für die FDP, den BHE<sup>47</sup>, die CDU, die CSU und die SPD. Die Funktion, die die Deutsche Partei ihrer Ansicht nach 1949 und 1953 erfüllte, ohne daß dies den Tatsachen entsprach, verlor nun in den folgenden Jahren zunehmend an Bedeutung, weil die Anhängerschaft der rechtsradikalen Parteien ständig weiter zurückging. Auch diese Entwicklung ist nicht auf das Wirken der DP zurückzuführen, denn sonst hätten sich ja ihre Stimmenanteile entsprechend erhöhen müssen. Dem könnte entgegengehalten werden, die Gesamtzahl der Stimmen der DP habe sich zwar nicht wesentlich verändert, dafür aber die Struktur der Wählerschaft – an die Stelle der früheren Anhänger seien die Über-

<sup>43</sup> Vgl. *Richard Schachtner*: Die deutschen Nachkriegswahlen, Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland, in den deutschen Bundesländern, in West-Berlin, im Saarland und in der Sowjetzone (DDR) 1946 bis 1956, München 1956, S. 48/49.

<sup>44</sup> In einem Brief *Hellweges* heißt es: »Das Verdienst der DP ist es mit gewesen, jene Rechtsradikalen auf den Kurs der Regierungspolitik zu bringen und mit ihrem besonderen Einsatz für die auch von der CDU nur mäßig ... vertretenen rechtlichen Belange zahlreicher kollektiv diskriminierter Deutscher (131er, Entnazifizierter, Soldaten usw.) zu gewinnen.« Brief *Hellweges* an den Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, *Brühler*, vom 10. 9. 1953 (Archiv Hellwege).

<sup>45</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 24. 10. 1958 in Hannover.

<sup>46</sup> Die Deutsche Partei behauptet zum Beispiel: »... durch ihr bloßes Dasein hat die Deutsche Partei das Auftreten einer rechtsradikalen Splittergruppe im zweiten Deutschen Bundestag verhindert.« *Emil Ehrich*: »Deutsche Partei – konservatives Gewissen«, in: Das Parlament vom 8. 2. 1956. Ehrich war zeitweilig Generalsekretär der DP. Vgl. ferner: Deutsche Stimmen vom 14. 2. 1954, 15. 5. 1955 und 6. 9. 1955.

<sup>47</sup> Für den BHE trifft das nur für die Bundestagswahlen von 1953 zu, da er sich 1949 noch nicht an der Wahl beteiligte.

läufer von rechtsradikalen Parteien getreten. Dieser Einwand kann durch den Hinweis entkräftet werden, daß sich die Deutsche Partei nach 1953 von einer nationalen zu einer konservativen Partei entwickelte und ihre Werbung um die »Ehemaligen« mehr und mehr zurückstellte, so daß es eigentlich keinen plausiblen Grund dafür gibt, daß sie jetzt eher Zulauf aus jenen Kreisen erhielt, um deren Gunst sie vorher nur mit begrenztem Erfolg gerungen hatte.

Die zwiespältige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und die mangelnde Erfüllung der von ihr selbst propagierten Abschirmungsfunktion werfen nun die Frage auf, ob die DP als rechtsradikale Partei anzusehen ist<sup>48</sup>. *Hans-Helmuth Knütter* sieht als Kriterien für den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik an:

1. in sozialer Hinsicht die Deklassierung eines Teiles der Bevölkerung;  
in ideologischer Hinsicht
2. eine pessimistische Auffassung der Kultur- und Zivilisationsentwicklung,
3. Kompromißlosigkeit in der Ideologie,
4. Sendungs- und Elitebewußtsein,
5. Ablehnung des Individualismus,
6. irrationale Rechtfertigung des politischen Handelns,
7. völkisches Gedankengut,
8. Betonung des Nationalen,
9. Umwertung sozialer und politischer Unzufriedenheit in politische Aktionen,
10. Kompromißlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung,
11. Ablehnung der pluralistischen repräsentativen Demokratie und
12. Betonung militärischer Traditionen<sup>49</sup>.

Von diesen Kategorien kommen nur zwei für die DP als Gesamtpartei in Frage, nämlich die Betonung des Nationalen und die Hervorhebung des Militärischen. Alle anderen Merkmale sind vielleicht für dieses oder jenes einzelne DP-Mitglied zu einer bestimmten Zeit mehr oder weniger zutreffend gewesen, sind aber nicht repräsentativ für die Gesamtpartei. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß es zeitweilig in der Deutschen Partei rechtsradikale Tendenzen gab, die DP insgesamt aber nicht als rechtsradikale Partei bezeichnet werden kann.

### *Sorgen um das »Profil«*

Während es für die national-konservative, im Parteienspektrum der Bundesrepublik die Position einer Rechtspartei einnehmende Deutsche Partei auf der einen Seite notwendig war, sich von den rechtsradikalen Parteien deutlich abzusetzen, bestand auf der anderen Seite für sie gleichzeitig die ebenso schwierige Aufgabe, einen klaren Trennungsstrich zur CDU und zur FDP zu ziehen. Wichtiger als die Distanzierung von den Freien Demokraten war das Herausarbeiten eines eigenen Profils neben der CDU, und zwar

<sup>48</sup> Der DP selbst ist nicht verborgen geblieben, daß sie in der Öffentlichkeit häufig mit rechtsradikalen Parteien gleichgesetzt wurde. Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 4. 3. 1958 in Bad Godesberg.

<sup>49</sup> Vgl. *Hans-Helmuth Knüter*, a. a. O., S. 17.

1. wegen der größeren Ähnlichkeit in der Programmatik und der daraus resultierenden Ausstrahlungskraft auf einen, soziologisch gesehen, ähnlichen Wählerkreis,
2. wegen der zahlreichen Wahlabsprachen, die die DP zu einer Satellitenpartei der CDU zu degradieren schienen, und
3. wegen der engeren Zusammenarbeit mit der Union auf parlamentarischer Ebene in Bonn und Hannover.

Bei der Analyse der Programmatik der CDU und der DP müssen wir zunächst von der These ausgehen, daß die auf diesem Sektor zwischen beiden Parteien bestehende Ähnlichkeit nicht von vornherein gegeben war, sondern – wie die DP behauptet – von der CDU bewußt herbeigeführt worden ist. Nach der Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag erklärte zum Beispiel *von Merkatz*, es sei die Tragik der DP, daß die CDU-Propaganda sich des seit 1945 von der Deutschen Partei vertretenen Gedanken-gutes bemächtigt habe<sup>50</sup>. Fünf Jahre später betonte der DP-Bundestagsabgeordnete *Probst*, die Ursachen für die Niederlagen der Partei seien darin zu suchen, daß die CDU in den letzten Jahren mehr und mehr auf das konservative Grundsatzprogramm der DP eingeschwenkt sei<sup>51</sup>. Beide Behauptungen sind in dieser Form nicht haltbar, aber sie deuten etwas Richtiges an: Die Christlich-Demokratische Union hat in der Tat in ihren Programmen später als die Deutsche Partei bestimmte Forderungen, wie zum Beispiel die Einführung der »sozialen Marktwirtschaft«<sup>52</sup> oder die Freilassung der Kriegsgefangenen<sup>53</sup>, aufgenommen. Ob die CDU diese Programmpunkte von der Deutschen Partei übernommen oder ob sie aus anderen Quellen geschöpft hat, soll hier nicht näher untersucht werden. Aufschlußreich ist, daß die CDU den Kreis der Adressaten, den sie mit ihrem Programm ansprechen wollte, ständig erweitert hat<sup>54</sup>. Sie appellierte dadurch mehr und mehr auch an jene Gruppen, die von der DP zunächst als ihr Wählerreservoir betrachtet worden waren. Im Zentrum der Werbung standen bei beiden Parteien von Beginn an, wie *Gerhard Schulz* für die Anfangsprogramme der CDU zusammenfassend festgestellt hat<sup>55</sup> und wie wir für die DP herausgefunden

<sup>50</sup> Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 14. 10. 1953 in Bonn; vgl. auch: Deutsche Stimmen vom 14. 2. 1954.

<sup>51</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Direktoriums und der Bundestagsfraktion vom 18. 10. 1958 in Bonn.

<sup>52</sup> Die NLP trat bereits 1945 grundsätzlich für die Anerkennung des Privateigentums und die freie Wirtschaft ein. 1947 bezeichnete die DP es als Aufgabe des Staates, nicht durch Sozialisierung und Wirtschaftslenkung entscheidender Träger der Wirtschaft zu sein, sondern vielmehr ein Regulativ und einen ausgleichenden sozialen Faktor in der Wirtschaft zu bilden. Vgl. Die Acht Thesen der Deutschen Partei, hrsg. von der Deutschen Partei. Stade o. J., S. 12. Die CDU hat erst in ihren 1949 erschienenen »Düsseldorfer Leitsätzen« ein klares Bekenntnis zur »sozialen Marktwirtschaft« abgelegt. Vgl. Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau vom 15. Juli 1949, Sonderdruck des Deutschland-Union-Dienstes, Hamburg (1949).

<sup>53</sup> Die Freilassung der Kriegsgefangenen forderte die Deutsche Partei 1947, die CDU hingegen erst 1953 in einem Programm. Vgl. Die acht Thesen der Deutschen Partei, a. a. O., S. 12; vgl. Hamburger Programm der CDU, Das Programm der Christlich-Demokratischen Union für den zweiten Deutschen Bundestag, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bonn o. J. (1953).

<sup>54</sup> In dem von uns angeführten Beispiel geschah das dadurch, daß die CDU 1953 mit der Forderung nach Freilassung der Kriegsgefangenen an deren Angehörige in der Heimat appellierte.

haben, die mittleren Schichten, also vor allem Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Für andere, ursprünglich speziell von der DP in ihre Programmatik einbezogene Wählerschichten mußte sich die CDU, schon um dem von ihr propagierten Ruf als Volkspartei gerecht zu werden, ebenfalls interessieren. Dadurch geriet die Deutsche Partei in die Zwangslage, stets nach neuen, von der CDU abweichenden Forderungen zu suchen. Das wurde um so schwieriger, je breiter auf der einen Seite die soziologische Skala der Wähler wurde, an die sich die Union wandte, und je mehr sich auf der anderen Seite innerhalb der DP jene Kräfte durchsetzten, die eine klare Abgrenzung zu rechtsradikalen Parteien verlangten und damit die Möglichkeit zunichte machten, durch nationalistische Parolen das Programm zu erweitern. Zusammenfassend können wir konstatieren: zwischen der rechtsradikalen SRP und DRP und der als Volkspartei an fast alle Wählerschichten appellierenden CDU war der Raum für eine die speziellen Vorstellungen der Deutschen Partei unterstreichende Programmatik von vornherein sehr begrenzt<sup>56</sup>. Die sich aus dieser Tatsache ergebende weitgehende Übereinstimmung der DP- und CDU-Programmatik wirkte sich nachteilig für die Deutsche Partei aus, weil die Wähler bei den Entscheidungen 1953 und 1957 schon allein auf Grund der parlamentarischen Kräfteverhältnisse eher bei der CDU als bei der DP an eine Verwirklichung des Programms glauben konnten<sup>57</sup>.

Die enge Zusammenarbeit beider Parteien in Bonn und Hannover tat ein übriges, um das Profil der DP bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen. So bemerkte zum Beispiel *von Merkat* über die parlamentarische Tätigkeit der Bundestagsfraktion von 1949 bis 1956, es sei eine entscheidende Schwäche der DP gewesen, daß es ihr weder im ersten noch im zweiten Bundestag gelungen sei, »... ihr eigenes Gesicht gegenüber der CDU/CSU zu wahren und ihre tatsächlich vorhandenen Einflüsse in der Koalition nach außen genügend sichtbar zu machen«<sup>58</sup>. Zur Arbeit der Fraktion während der dritten Legislaturperiode erklärte *Hellwege* vor den Delegierten des Bundesparteitages in Heilbronn 1960: »Sie wissen, daß dieser Bundestag wie keiner vor ihm von den Entschlüssen einer eindeutigen Parteimehrheit abhängig war und ist; daraus ergab sich eine Lage, die von der Koalition, an der wir seit 1949 beteiligt sind, kaum mehr als den äußeren Schein bestehen ließ<sup>59</sup>.« Trotz zahlreicher Bemühungen gelang die Distanzierung von der CDU in Bonn nur selten, so daß die Partei sich selbst eingestehen mußte, was ihr die Gegner vorwarfen und die Wähler verübelten, daß sie nämlich nur noch ein Anhängsel der CDU war<sup>60</sup>.

<sup>55</sup> Vgl. *Gerhard Schulz*: »Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus«, in: *Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 82.

<sup>56</sup> Dieses Dilemma bestand in noch stärkerem Maße für die Propagandatätigkeit der Partei. Der Bundeswahlkampfleiter *Bockenkamp* berichtete vor dem Direktorium 1957, die CDU-Parolen könnten gefühlsmäßig von der politisch indifferenten Wählerschaft mit den Parolen der DP gleichgesetzt werden. Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 27. 5. 1957 in Hamburg.

<sup>57</sup> Für die Wahlerfolge der CDU ist der angeführte Grund natürlich nur einer von vielen.

<sup>58</sup> Denkschrift zur gegenwärtigen Lage, verfaßt von *Hans-Joachim von Merkat* am 16. 9. 1956 (Archiv Hellwege).

<sup>59</sup> Die Rede *Hellweges* ist veröffentlicht in: *Deutsche Stimmen* vom 14. 5. 1960.

Ebenso negativ sieht auch die Bilanz für das Wirken der DP in Niedersachsen aus. Im September 1950 wurde *Hellwege* vom Landesvorstand beauftragt, »... Verhandlungen mit den Landesvorsitzenden der CDU – Cillien – und FDP – Stegner – bis zu der letzten Konsequenz einer Verschmelzung ... zu führen«<sup>61</sup>. Nach dem Rückzug der Freien Demokraten Anfang 1951<sup>62</sup> gediehen die Verhandlungen bis zu einer Vereinbarung zwischen der DP und der CDU, in der es hieß, die Landesverbände der beiden Parteien hätten beschlossen, »... zur Durchführung der politischen Wahlen und zur Bildung einer niedersächsischen Regierung eine neue Partei unter dem Namen DP-CDU/Niederdeutsche Union ... zu bilden«<sup>63</sup>. Bei den Landtagswahlen vereinigte die Niederdeutsche Union 1951 in Niedersachsen 23,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich<sup>64</sup>; das waren genau 14 Prozent weniger, als beide Parteien insgesamt vier Jahre vorher erzielt hatten<sup>65</sup>. Dieses Ergebnis hätte der DP eigentlich zeigen müssen, wie wenig Anklang sie bei der Wählerschaft in Niedersachsen mit dem Unionsgedanken fand<sup>66</sup>. Sie zog daraus jedoch lediglich die Konsequenz, die bisher auf den gemeinsamen Landesvorstand beschränkte Verschmelzung auf organisatorischem Gebiet nicht weiter voranzutreiben<sup>67</sup>, sah sich dafür aber auf parlamentarischer Ebene wegen der gemeinsamen Landesliste gezwungen, eine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU einzugehen<sup>68</sup>. Der damalige stellvertretende Parteivorsitzende *Seeböhm*

<sup>60</sup> Der Vorsitzende des Landesverbandes Bremen, *Schneider*, erklärte zum Beispiel: »Man sage nicht umsonst, die Deutsche Partei sei nur ein Anhängsel der CDU.« Protokoll der Direktoriumssitzung vom 12. und 13. 6. 1954 in Bonn. – Der Grundsatzausschuß der DP sprach 1958 von einer »... übergroßen Rücksichtnahme der Fraktion auf das Koalitionsverhältnis zur CDU«. Niederschrift über die Tagung des Grundsatzausschusses am 15. und 16. 4. 1958 in Niederbreisig (Archiv *Hellwege*). — Daß die DP in der parlamentarischen Praxis auch Ideengut der CDU übernommen hat, räumte der Generalsekretär der Partei, *Graf von Galen*, 1960 in einer vertraulichen Aufzeichnung mit den Worten ein: »Es soll ohne weiteres zugegeben sein, daß das meiste, was insbesondere die profilierten Persönlichkeiten unter den neuen Ausgeschiedenen [gemeint sind die neun DP-Bundestagsabgeordneten, die zur CDU übertraten] zumindest in den letzten Jahren ... an politischen Initiativen entwickelt haben, mehr oder weniger Geist vom Geiste der großen Mehrheitspartei gewesen ist ...« Vertrauliche Aufzeichnung des Generalsekretärs *Graf von Galen* vom 20. 9. 1960 (Archiv *Graf von Galen*).

<sup>61</sup> Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 11. 9. 1950 in Hannover.

<sup>62</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 8. 1. 1951 in Hannover.

<sup>63</sup> Manifest an die Wähler in Niedersachsen, a. a. O. (1951).

<sup>64</sup> Vgl. *Richard Schachtner*, a. a. O., S. 48 f.

<sup>65</sup> Vgl. ebda.

<sup>66</sup> Sieben Jahre später hat *Hellwege* selbst unter Hinweis auf den Wahlausgang von 1951 zugegeben, die niedersächsische Bevölkerung habe eine Fusion der DP mit der CDU nicht gewünscht. Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 12. 9. 1958 in Hannover.

<sup>67</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 21. 5. 1951 in Hannover.

<sup>68</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 11. 6. 1951 in Hannover. — In den folgenden Jahren ist mehrfach erwogen worden, die Niederdeutsche Union und die Fraktionsgemeinschaft aufzulösen: vgl. Protokoll der Fraktionssitzung der DP-Abgeordneten vom 5. 5. 1955 in Hannover (Archiv der DP-Fraktion im Niedersäch-

schlug nun zwar vor, die DP-Mitglieder sollten innerhalb der Gemeinschaftsfraktion das »Gesicht der Deutschen Partei« wahren und nach außen hin zeigen<sup>69</sup>, in der parlamentarischen Praxis ließ sich diese Forderung allerdings in den wenigsten Fällen verwirklichen. In der von 1951 bis 1959 bestehenden Fraktionsgemeinschaft hat die Deutsche Partei nur hin und wieder einen eigenen Standpunkt vertreten, zum Beispiel bei den Beratungen über die niedersächsische Gemeinde- und Städteordnung<sup>70</sup> sowie in den Debatten über das Schulverwaltungsgesetz<sup>71</sup> und das Finanzausgleichsgesetz<sup>72</sup>. Nach achtjähriger Zusammenarbeit verzichtete die DP auf eine Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft<sup>73</sup>. Die Begründung dieses Schrittes wirft ein bezeichnendes Licht auf das bisherige Wirken der DP-Landtagsabgeordneten. Im Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 20. April 1959 heißt es nämlich: »Hellwege lehnte als Auffassung des Landesvorstandes im Interesse einer selbständigen parlamentarischen Arbeit eine Wiederholung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU ab<sup>74</sup>.« Schon 1953 hatte *Hellwege* die Ansicht vertreten, man müsse ein Wahlgesetz schaffen, das es ermögliche, »... aus der unglücklichen Ehe mit der CDU herauszukommen«<sup>75</sup>. Trotz dieser Unzufriedenheit mit der Union, die zeitweilig sogar zu dem Wunsch führte, sich von ihr zu trennen<sup>76</sup>, hielt die DP während zwei Legislaturperioden an der Fraktionsgemeinschaft fest. Dadurch beschnitt sie ihre Möglichkeiten, in Hannover eine selbständige Politik zu treiben, und verspielte sie obendrein die Chance, wenigstens in ihrem Stammland Niedersachsen vor der Wählerschaft eigene politische Zielsetzungen deutlich zu machen.

Der gerade unter dem Aspekt der Wählerwerbung dringend notwendigen Distanzierung von der CDU, die die DP-Fraktionen im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag nicht zuwege brachten, waren insbesondere in den Wahlkämpfen enge Grenzen gesetzt. Auf Grund der Absprachen mit der CDU bei den Bundestagswahlen war es der Deutschen Partei von vornherein versagt, in der wahlpolitischen Auseinanderset-

sischen Landtag); vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 7. 7. 1952 in Bonn; vgl. Materialsammlung für Landtagsabgeordnete, hektographiertes Manuskript vom 6. 1. 1959 (Archiv der DP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag). — 1960 kam erneut der Plan auf, mit der CDU eine »Niederdeutsche Union« zu bilden. Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 15. 3. 1960 in Hannover.

<sup>69</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 23. 7. 1951 in Hannover.

<sup>70</sup> Vgl. Verhandlungen des Niedersächsischen Landtages, Sten. Ber. II. Wahlperiode, 15. Sitzung, 23. 1. 1952, Sp. 915 ff.

<sup>71</sup> Vgl. Verhandlungen des Niedersächsischen Landtages, Sten. Ber. II. Wahlperiode, 55. Sitzung, 7. 10. 1953, Sp. 3527 ff.

<sup>72</sup> Vgl. Verhandlungen des Niedersächsischen Landtages, Sten. Ber. II. Wahlperiode, 32. Sitzung, 17. 1. 1953, Sp. 1723.

<sup>73</sup> Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 20. 4. 1959 in Hannover.

<sup>74</sup> Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 20. 4. 1959 in Hannover.

<sup>75</sup> Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 29. 1. 1953 in Oldenburg.

<sup>76</sup> Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 7. 7. 1952 in Bonn.

zung mit der Union die Handschuhe auszuziehen<sup>77</sup>. Wenn sie trotzdem einmal zum Angriff blies, riskierte sie, bei der nächsten Regierungsbildung von der weitaus stärkeren CDU die Quittung dafür zu erhalten. Als die Deutsche Partei die Kommunalwahlen 1956 in Niedersachsen ohne Absprachen bestritt, bestätigte *Hellwege* vor dem Landesvorstand in Hannover indirekt, wie ungünstig sich in anderen Fällen Wahlkreisabsicherungen ausgewirkt hatten; er sagte, der Alleingang habe der DP »... den abträglichen Nimbus der Abhängigkeit von der CDU genommen...«<sup>78</sup>. Über den Wahlkampf hinaus hatte die Hilfestellung durch die Union negative Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit der DP-Fraktion, deren Mitglieder ja häufig der Union ihr Mandat verdankten und sich deshalb ihr gegenüber zu besonders großer Loyalität verpflichtet fühlten.

Die Ähnlichkeit in der Programmatik, die enge Zusammenarbeit in der politisch-parlamentarischen Praxis und die Häufigkeit der Wahlabsprachen zwischen DP und CDU – das alles sind Faktoren gewesen, die wohl schon früh bei einem Teil der ursprünglichen Wählerschaft der DP die Befürchtung genährt haben, daß eines Tages die kleinere Partei in der größeren aufgehen werde und es daher nicht ratsam sei, überhaupt noch für die DP zu stimmen<sup>79</sup>. Der Übertritt eines Teils der Bundestagsfraktion zur Union im Juli 1960 hat den Skeptikern recht gegeben. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die ihren Abschluß in dem Eintritt *Hellweges* und der Mehrheit der DP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in die CDU fand<sup>80</sup>. Abgesehen von jenen DP-Mitgliedern, die sich für eine Fusion mit dem BHE entschieden, haben somit vor allem die in der parlamentarischen Praxis in vorderster Front stehenden Politiker der Deutschen Partei aus dem trotz jahrelanger Bemühungen vergeblichen Versuch, sich aus der Umklammerung der CDU zu befreien<sup>81</sup>, die Konsequenzen gezogen und ihrer Stammpartei den Rücken gekehrt.

<sup>77</sup> Der DP-Landtagsabgeordnete *Möhlmann* gab zum Beispiel als einen Grund für das schlechte Abschneiden der Partei bei den Bundestagswahlen 1953 an, die Wahlabsprachen hätten keine klare Stellungnahme der DP gegenüber der CDU gestattet. Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 21. 9. 1953 in Hannover.

<sup>78</sup> Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 12. 11. 1956 in Hannover. – Bedenken gegen Absprachen bei der nächsten Bundestagswahl meldete *Hellwege* im Dezember 1956 an. Er meinte, sie könnten den Vorwurf einbringen, die DP sei ein Anhängsel der CDU. Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niedersachsen vom 11. 12. 1956 in Hannover. – Um die Abhängigkeit der DP nach außen nicht so deutlich in Erscheinung treten zu lassen, empfahl der Landesvorstand des Landesverbandes Niedersachsen kurz vor der Bundestagswahl 1957, den Wähler erst in den letzten 14 Tagen vor der Wahl über die Absprachen zu informieren. Vgl. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 3. 4. 1957 in Mehlum.

<sup>79</sup> Gerüchte über bevorstehende Fusionen haben sicherlich dazu beigetragen, diese Befürchtungen zu verstärken.

<sup>80</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 3. 1962.

<sup>81</sup> Der DP-Bundestagsabgeordnete *Eisenmann* gab bereits 1958 für seinen Austritt aus der DP-Fraktion als Grund an: »Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß die Abhängigkeit der Deutschen Partei von der CDU die Entwicklung und Vertretung einer eigenen politischen Haltung nicht zuläßt.« Brief *Eisenmanns* an *Hellwege* vom 29. 5. 1958, aufgenommen im Protokoll der Direktoriumssitzung vom 6. 6. 1958 in Berlin.





